

Leserbrief

Zusammenlegung der Grundschulen

Wurden die Gespräche ergebnisoffen geführt?

Zum Leserbrief „Kein Wunschkonzert der Eltern“ vom 13. März:

Die betroffenen Eltern respektieren die Entscheidung zur Schließung der Johannesschule, selbstverständlich. Unantastbar ist der politische Entscheidungsprozess zur Schließung der Johannesschule gleichwohl nicht, höchstens für eingefleischte Parteifreunde. Er darf kritisiert und hinterfragt werden. Politische Entscheidungen müssen sachlich nachvollziehbar sein und von der Politik transparent, umfassend und ehrlich dargestellt werden.

Wer in der Debatte um die Schließung der Johannesschule „emotional aufgeladene“ Eltern wahrnimmt und von einer „tobenden Elterninitiative“ fantasiert,

der verstellt den Blick auf die Sache, der beschränkt sich darauf, ungeprüft eine unverständliche politische Entscheidung zu beklatschen, die vieles ist, nur nicht sachlich und transparent.

Ja, „die Eltern“ sind nicht legitimiert, über die Schließung der Johannesschule zu entscheiden; niemand geht vom Gegenteil aus. Allerdings ist das Anliegen der Eltern, eine gute Schulbildung für ihre Kinder zu erreichen, berechtigt. Es ist auch kein ausschließlich persönlicher Wunsch. Eine gute Schulausbildung liegt im Interesse aller.

■ Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Ihre Meinung erreicht uns am schnellsten per E-Mail an leserbriefe@zgm-muensterland.de. Informationen zu unserem Umgang mit personenbezogenen Daten erhalten Sie unter www.zgm-muensterland.de/Service/Datenschutz. Wir behalten uns ausdrücklich vor, mit dem Leserbrief auch Ihren Namen und Ihre konkrete Adresse zu veröffentlichen. Erklären Sie dazu nicht Ihr Einverständnis, kann eine Veröffentlichung nicht erfolgen.

Woher die Autorin des Leserbriefs wissen will, dass die „10 000 anderen Bürger“ von Altenberge dies nicht so sehen, bleibt ihr Geheimnis. Die Eltern betreiben keine „aktive Stimmungsmache“, sie setzen sich verantwortungsvoll für ihre Kinder und unsere Gesellschaft ein. Ihre Wünsche der Gemeinde vorzutragen gehört zum demokratischen Prozess.

Zur Sache selbst: Wieso wurde im Jahr 2015 ein Beschluss durchgeboxt, der zu dieser Zeit überhaupt noch nicht notwendig war und mangels eines Konzepts schulische Belange gar

nicht beachten konnte? Die Gebäude und Gelände der Borndal- und Ludgerischule wurden damals daraufhin untersucht, ob sie sich für eine künftige gute Grundschule eignen. Wurde die Johannesschule in gleicher Weise untersucht? Fehlanzeige. Für die Verantwortlichen war offensichtlich bereits lange vor dem Beschluss des Rates am 15. Juni 2015 klar, dass die Johannesschule keine Zukunft hat. Wieso sonst wurde darauf verzichtet zu untersuchen, ob sich das Gelände der Johannesschule vielleicht sogar besser als die anderen Gelände eignet bzw. sich mit geringeren finanziellen Mitteln umgestalten lässt?

Einmal ehrlich: Wurden die damaligen Gespräche mit den Eltern wirklich ergebnisoffen geführt?

**Gerhard Weigl,
Lütke Berg 4-6**

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.

Quelle

Verlag : Westfälische Nachrichten
Publikation : Steinfurt
Ausgabe : Nr.77
Datum : Montag, den 01. April 2019
Seite : Nr.21